

Sitzung des Ausschusses III vom 6. April 2023

1312. Frage: Herr Jerusalem (ECOLO)

Thema: **Vernetzung von Schulen, Standorten der außerschulischen Betreuung sowie der Hausaufgabenbetreuung**

Es gilt das gesprochene Wort!

Frage

Sie haben angekündigt, dass die außerschulische Betreuung in Zukunft kostenlos für die Kinder der DG sein soll und gleichzeitig auch eine kostenlose Hausaufgabenbetreuung ermöglicht wird.

Diese Maßnahmen einzuführen ist das eine. Dass diese Maßnahmen auch die nötige Qualität mit sich bringen, ist das andere.

Bis auf die Ankündigung haben wir im Ausschuss noch keine weiteren Informationen zu diesen beiden Maßnahmen erhalten.

Wir erkennen sehr viele Organisationen, die Synergien bilden müssen, um dieser Herausforderung gerecht zu werden.

Wir sehen Gemeinden, die Räumlichkeiten zur Verfügung stellen müssen.

Wir sehen das RZKB, unter dessen Führung das Projekt gestemmt werden soll.

Wir sehen Ausbildungsstätten, die die Betreuerinnen und Betreuer in ihrer Funktion zur Hausaufgabenbegleitung und einer qualitativ hochwertigen außerschulischen Betreuung ausbilden sollen.

Wir sehen aber auch die Schulen, die eine wesentliche Rolle in diesem Prozess spielen können.

Daher unsere Fragen an Sie, Frau Ministerin:

- 1. Mit welchen Akteuren haben Sie sich bereits ausgetauscht?*
- 2. Welche Aufgaben erhalten die verschiedenen Akteure, um die beiden Projekte, also eine kostenlose Kinderbetreuung und eine kostenlose Hausaufgabenbetreuung, zu realisieren?*
- 3. Wie lauten die nächsten Planungsschritte?*

Antwort

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
die Bildungschancen von Kindern dürfen nicht von ihrer Herkunft oder den finanziellen Möglichkeiten ihrer Eltern abhängen. Deshalb hat der Ministerpräsident in der Regierungserklärung 2022 angekündigt, dass wir die Hausaufgabenpraxis in Ostbelgien reformieren möchten, indem wir „**kostenfreie Hausaufgabenbetreuungsangebote innerhalb und außerhalb der Schulen** schaffen“. Gleichzeitig hat er verlauten lassen, dass wir daran arbeiten, dass die Kinder nach der Ganztagschule - und im Falle zahlreicher Kinder nach der außerschulischen Betreuung - „**im Idealfall keine Aufgaben mehr mit nach Hause nehmen**“ müssen“.

Um dieses Ziel zu erreichen, wollten wir Hausaufgabenschulen, außerschulische Betreuung – kurz AUBE - und Schulen enger vernetzen. In den Sondierungsgesprächen, die bereits letztes Jahr stattgefunden haben, hat sich schnell herauskristallisiert, dass das RZKB zwar – abhängig von der Personalsituation – an einzelnen AUBE-Standorten Hausaufgabenbetreuung anbietet, **eine systematische Hausaufgabenbetreuung an allen AUBE-Standorten jedoch nicht zu gewährleisten** ist. Dies hat unterschiedliche Gründe. Zum einen fehlt es an Personal, insbesondere an ausgebildetem Personal. Zum anderen würde das Ziel der Bildungsgerechtigkeit nicht erreicht, weil nicht alle Kinder von diesem Angebot profitieren würden, da nicht alle Kinder die AUBE in Anspruch nehmen. Natürlich wäre es auch nicht im Sinne des Kindeswohls Anreize zu schaffen, noch mehr Kinder nach der Ganztagschule in

die AUBE zu orientieren, wenn die Familien eigentlich gar keinen Betreuungsplatz benötigen. Zudem stellt sich neben dem Platzproblem auch das Problem der Beförderung. Nicht nur müssten noch mehr Kinder zur AUBE befördert werden, die Kinder, die nur zur Betreuung der Hausaufgaben die AUBE besuchen würden, würden die AUBE nicht vollumfänglich in Anspruch nehmen und die AUBE möglicherweise unregelmäßig und zu unterschiedlichen Zeiten besuchen, was eine zusätzliche organisatorische Herausforderung darstellen würde.

Der Ministerpräsident hat in der Regierungserklärung nicht nur die Kostenlosigkeit der außerschulischen Betreuung und der Hausaufgabenbetreuung angekündigt, sondern auch bereits verlauten lassen, dass zum einen **Anreize geschaffen werden, damit die Schulen selbst eine Betreuung der Schulaufgaben** gewährleisten, und zum anderen **verbindliche qualitative und quantitative Richtlinien für Schulaufgaben** festgelegt werden.

An beidem arbeiten wir zurzeit.

Ich habe bereits mehrere Schulleiterversammlungen zu diesem Thema einberufen. Über den Umfang und die Natur der Aufgaben, die die Schüler eigenständig erledigen sollen, bestand grundsätzlich Einigkeit. Die entsprechenden Bestimmungen sollen noch dieses Schuljahr über das Sammeldekret dekretal verankert werden. Die Schulleiter waren sich auch einig, dass die Bildungsgerechtigkeit nur dann wirklich gewährleistet werden kann, wenn die Betreuung schulischer Aufgaben zum einen von allen Kindern in Anspruch genommen werden kann und zum anderen von Fachpersonal gewährleistet wird. Da dies im Grunde nur dann der Fall ist, wenn die Schulen selbst diese Aufgabe übernehmen, haben wir gemeinsam mit den Grundschulleitungen über die Gelingensbedingungen ausgetauscht, damit

Schulaufgaben auf Primarschulebene in der Schule erledigt werden können. Insofern Schulaufgaben in erster Linie dazu dienen, dass Schüler bereits erworbene Kompetenzen festigen und allmählich zu eigenständigem und eigenverantwortlichem Arbeiten befähigt werden, ist es nicht erforderlich, dass schulische Aufgaben zu Hause erledigt werden. Vielmehr ist es wichtig, dass Schüler lernen, selbstständig zu arbeiten und dazu einen geeigneten Rahmen vorfinden.

Eine Zusammenarbeit zwischen der AUBE und den Schulen im Bereich der Hausaufgabenbetreuung scheint nach eingehender Prüfung also weder realistisch noch opportun. Die beste Möglichkeit, die Bildungsgerechtigkeit zu fördern, ist die Schaffung schulischer Betreuungsangebote. Nicht umsonst umfasst die Ganztagschule im benachbarten Ausland genau das, die Betreuung schulischer Aufgaben.

Eine enge Vernetzung zwischen Hausaufgabenschulen und Schulen scheint uns dabei nach wie vor sinnvoll und wurde bereits initiiert. Das Kompetenzzentrum des ZFP begleitet die Mitarbeiter der Hausaufgabenschulen, die nicht immer über eine pädagogische Ausbildung verfügen, in ihrer Arbeit. Diese Kooperation soll auch künftig fortgeführt werden.

Es ist mir wichtig darauf hinzuweisen, dass die Regierung nicht beabsichtigt, die Angebote der heutigen Hausaufgabenschulen (Ephata und Viertelhaus Cardijn in Eupen, Haus der Familie in Kelmis, Belgisches Rotes Kreuz in St. Vith, ÖSHZ in Raeren und KAP am KAE) abzuschaffen. Diese Einrichtungen stellen mit ihrem Engagement, insbesondere für die benachteiligten Schüler, weiterhin eine wichtige Unterstützung dar. Sie werden auch künftig eine sinnvolle und wertvolle Ergänzung zu den schulischen Angeboten darstellen, auch wenn sich der Fokus

von der reinen Erledigung der Schulaufgaben vermutlich verlagern wird auf die individuelle Förderung jener Schüler, die zusätzliche Hilfe benötigen, weil sie zum Beispiel Lernschwierigkeiten aufweisen oder die Unterrichtssprache nicht beherrschen. Das ist ja bereits jetzt der Fall, da vermehrt diese Schüler die Angebote der Hausaufgabenschulen in Anspruch nehmen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.